



Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

in Bramfeld, Farmsen, Berne und Steilshoop!

Das Wetter wird langsam milder und der Frühling steht vor der Tür. Vor den Frühjahrs- und Osterferien möchte ich sie über unsere politische Arbeit in der Hamburgischen Bürgerschaft und aus unserem Wahlkreis sowie über einige sehr interessante Termine informieren. So wird unser Erster Bürgermeister am 2. April mit den Bürgerinnen und Bürgern in Bramfeld ins Gespräch kommen. Und auch die SPD Wandsbek und die SPD-Fraktion der Bezirksversammlung Wandsbek sucht am 12. April den Dialog mit den Menschen vor Ort in Farmsen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich wünsche ihnen schöne Ostertage und viel Spaß beim Lesen meines Newsletters.

Euer

Lars Pochnicht



Wahlkreisbüro

Bramfelder Chaussee 312
22177 Hamburg
Tel. (040) 63 91 76 80
Fax (040) 63 91 76 81
Mobil (0179) 122 71 54
buero@pochnicht.de

www.pochnicht.de

Themen dieser Ausgabe:

- Peter Tschentscher LIVE – In Bramfeld
- Hier für Wandsbek – Hier für Dich! SPD Wandsbek in Farmsen
- Bürgerschaft debattiert PUA „Cum-Ex“: Keine politische Einflussnahme, kein Schaden für die Stadt
- Aktuelle Stunde in der Bürgerschaft zum Weltfrauentag
- Wärmewende sozialverträglich gestalten - Preise der Wärmeanbieter sollen fair und transparent werden
- Hamburg als dreidimensionales Stadtmodell
- Hamburg baut große Bauprojekte kostenstabil
- Deutlich weniger Schwerverletzte im Straßenverkehr
- Hamburg räumt auf!“ – und Berne hat tatkräftig mitgeholfen
- Grundsanie rung des Berner Heerwegs erst nach 2025



Peter Tschentscher LIVE –In Bramfeld



(Bild: SPD Hamburg)

Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher kommt am 2. April nach Bramfeld! Ab 19 Uhr haben Interessierte die Gelegenheit mit unserem Bürgermeistervor Ort ins Gespräch zu kommen. Welche Themen sind wichtig, welche Ideen gibt es für die Zukunft der Stadt? Darüber möchte sich der Bürgermeister mit den Menschen vor Ort austauschen. Die Veranstaltung findet am **2. April 2024 ab 19 Uhr im Johannes-Brahms-Gymnasium, Höhnkopfelort 24**, statt. Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit ihre Fragen persönlich an den Ersten Bürgermeister zu stellen. Im Anschluss besteht die Möglichkeit zum direkten Gespräch mit Peter Tschentscher und den SPD-Abgeordneten vor Ort.

Hier für Wandsbek – Hier für Dich!



SPD Wandsbek
Kreisverband & Bezirksfraktion

Die SPD Wandsbek lädt gemeinsam mit der SPD Fraktion in der Bezirksversammlung Wandsbek Bürgerinnen und Bürgern ein vor Ort ins Gespräch zu kommen. Unter dem Titel: „Was bewegt

sie in Farmsen-Berne? Welche Themen sind wichtig, welche Ideen gibt es für die Zukunft im Bezirk Wandsbek?“ Darüber möchte die SPD Wandsbek und die SPD-Fraktion der Bezirksversammlung Wandsbek an diesem Abend mit den Menschen ins Gespräch kommen. **Die Veranstaltung findet statt am 12. April ab 18 Uhr beim SC Condor Tennis, Berner Heerweg 199.**

Bürgerschaft debattiert PUA „Cum-Ex“: Keine politische Einflussnahme, kein Schaden für die Stadt

Die Hamburgische Bürgerschaft hat am Mittwoch über den Zwischenbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Cum-Ex“ debattiert. Dieser macht deutlich: Von den Vorwürfen, die CDU und Linke zur Einsetzung des PUA angeführt haben, ist auch nach vielen Stunden Beratung und Zeugenaussagen sowie der Sichtung von tausenden Seiten Akten nichts übriggeblieben.

Dazu Milan Pein, Obmann der SPD-Fraktion Hamburg im PUA Cum-Ex: „Der Zwischenbericht kommt zu einem klaren Ergebnis: Es hat keine politische Einflussnahme auf das Steuerverfahren Cum-Ex gegeben. Von den Vorwürfen ist nach über drei Jahren Beratung und Zeugenaussagen sowie tausenden Seiten Akten nichts mehr übrig. Alle im Ausschuss befragten Zeugen haben ausgesagt, weder politische Einflussnahme erlebt noch davon gehört zu haben. Auch aus der Aktenlage ergibt sich dies nicht. Die Steuerverwaltung hat sich stets auf steuerrechtliche Einschätzungen gestützt. Es ist der Stadt kein finanzieller Schaden aus dem Steuerfall der Warburg Bank entstanden. Die Steuerrückforderungen an die Warburg-Bank waren nie verjährt, die Bank hat die gesamte Steuerschuld plus Zinsen an die Stadt Hamburg zurückgezahlt. Es hat zudem zu keinem Zeitpunkt auch nur Ansätze für strafrechtliche Ermittlungs-



verfahren gegen politische Entscheidungsträger gegeben – weder in Hamburg noch in Nordrhein-Westfalen.

Die Faktenlage ist eindeutig: Von den Vorwürfen der PUA-Koalition aus CDU und Linken ist nichts übriggeblieben. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass CDU und Linke in ihren Minderheitsberichten zum Zwischenbericht krampfhaft nach Anhaltspunkten für ihre Anwürfe suchen und ihr Fazit dabei sehr unterschiedlich ausfällt. Während sich die Linke 132 Seiten lang in Verschwörungserzählungen ergeht, die sich in keiner Weise mit den Ermittlungsergebnissen des PUA decken, reichen der CDU zwei Seiten mit Beschwerden über PUA-Beschlüsse, bei denen sie selbst zugestimmt hat.

Aktuelle Stunde in der Bürgerschaft zum Weltfrauentag

Die Hamburgische Bürgerschaft am Mittwoch im Rahmen der Aktuellen Stunde anlässlich des Weltfrauentages über die Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Die SPD-Fraktion Hamburg setzt sich in der Hamburgischen Bürgerschaft seit langem für ein gleichberechtigtes Miteinander der Geschlechter ein. Trotz großer Erfolge in der Vergangenheit sehen die SPD-Abgeordneten weiter dringenden Reformbedarf – etwa beim Lohnsteuergesetz, beim Entgelttransparenzgesetz sowie der Opferschutzrichtlinie der Europäischen Union.

Wärmewende sozialverträglich gestalten -Preise der Wärmeanbieter sollen fair und transparent werden

Um die Akzeptanz für die notwendige Wärmewende zu sichern, setzen sich die Regierungsfractionen von SPD und Grünen in Bürgerschaft für mehr Transparenz sowie eine Regulierung des Wärmepreises ein. Darüber hinaus sollen die Hamburgerinnen und Hamburger mit individueller Beratung sowie Förder-

programmen bei der Umstellung der Wärmeversorgung unterstützt werden. Einen entsprechenden Antrag hat die Hamburgische Bürgerschaft Ende Februar beschlossen. Für die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft ist klar, dass Wohnen bezahlbar sein muss und das gilt auch für die Heizkosten. Das dies nicht überall in Hamburg so ist, haben einige Fernwärmekundinnen und Fernwärmekunden in den letzten Wochen spüren müssen, als sie ihre Abrechnung in den Händen hielten. Im Gegensatz zu Strom und Gas sind die Anbieter von Nah- und Fernwärme nicht reguliert, bei einigen ist die Preisgestaltung schwer bis gar nicht nachvollziehbar. Diese Blackbox in der Preisgestaltung ist ein erheblicher Nachteil für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Hinzu kommt, dass es in den Versorgungsgebieten nur einen Wärmeanbieter gibt, eine Wahl des Anbieters also nicht möglich ist, Monopolstellungen also die Regel sind. Aus diesem Grund wollen die Regierungsfractionen von SPD und Grünen bei der Wärmeversorgung mehr Transparenz und einen regulierten Markterreichen. Dabei steht es für SPD und Grüne außer Frage, dass die Wärmeanbieter für eine gelingende Wärmewende und für das Ziel der Klimaneutralität gebraucht werden. Die Dekarbonisierung beim Heizen ist ein zentraler Faktor für eine klimafreundliche Zukunft, schließlich entfällt mehr als die Hälfte des Endenergieverbrauchs in Deutschland auf das Heizen von Gebäuden. Die Regierungsfractionen fordern ein, dass Hamburg im Bund auf mehr Transparenz und eine Regulierung am Wärmemarkt drängt. Die Stadt soll zudem mit den privaten Netzbetreibern sozialverträgliche Lösungen für alle Menschen erarbeiten, die an Wärmenetze angeschlossen sind. Diejenigen, für die der Anschluss an ein Wärmenetz nicht die beste Lösung ist, sollen von einer kontinuierlichen Beratung zu allen Versorgungsoptionen profitieren, also auch zu Wärmepumpen oder Solarthermie.



Hamburg als dreidimensionales Stadtmodell

Hamburgs Stadtentwicklung wird immer digitaler: Ab sofort steht im Hamburger Geoportal www.geoportal-hamburg.de das gesamte Stadtgebiet online als dreidimensionales Modell öffentlich zur Verfügung. So kann jede interessierte Person die Daten nicht nur in der Kartenanwendung sehen, sondern sie auch eigenständig weiterverwenden. Die dreidimensionale Darstellung vereinfacht Planungsprozesse und wird unter anderem in Beteiligungsverfahren verwendet. Im Auftrag des Landesbetriebs Geoinformation und Vermessung (LGV) wurde die gesamte Fläche Hamburgs mit Ausnahme der Nordseeinseln Neuwerk und Scharhörn bildtechnisch ausgewertet und datenschutzkonform dreidimensional modelliert. Mit der Veröffentlichung des letzten von fünf Teilen ist das Modell nun vollständig. Alle Gebäude, die Geländeformen bis hin zu den Straßenbäumen Hamburgs können aus unterschiedlichen Perspektiven plastisch hervorgehoben und betrachtet werden. Nach dem Open Data-Prinzip darf das Stadtmodell ohne Einschränkung genutzt, weiterverbreitet und weiterverwendet werden. Auch Unternehmen und Privatpersonen können somit auf das Angebot zugreifen, um soziale, wirtschaftliche und ökologische Mehrwerte zu erzielen.

Hamburg baut große Bauprojekte kostenstabil

Der SPD-Senat hat 2012 mit der Drucksache „Kostenstabiles Bauen - Fortentwicklung des öffentlichen Bauwesens“ einen jährlichen Bericht über die Ergebnisse des Kosten- und Terminmonitorings von großen Bauprojekten eingeführt. Der nun beschlossene elfte Bericht zeigt, dass die Kosten für abgeschlossene Bauprojekte im Kostenrahmen geblieben sind -trotz hoher Zinsen und erheblicher Preissteigerungen. Seit 2013 wurden insgesamt 119 Projek-

te nach den Grundsätzen des kostenstabilen Bauens abgeschlossen. Vergleicht man die Kostenaufstellung zu Beginn der Planung mit der Endabrechnung wird deutlich, dass über alle Projekte hinweg die Kostenkalkulationen fast punktgenau eingehalten wurden.

Der Ausgangswert von 2.773 Mio. Euro steht einer Endabrechnung von 2.776 Mio. Euro gegenüber, wo mit Mehrkosten von minimalen 0,1 Prozentangefallen sind. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Sonderprojekt „Revitalisierung des Congress Center Hamburg (CCH)“ aufgrund einer hohen Komplexität mit Mehrkosten von rund 103 Mio. Euro abgeschlossen wurde. Bei einer Betrachtung ohne CCH ergeben sich für die Gesamtheit der übrigen Projekte sogar Minderkosten von 3,88 Prozent. Während viele private Projektentwicklungen derzeit reduziert, vollständig gestoppt oder gar nicht erst begonnen werden, investiert die Stadterheblich in die öffentliche Infrastruktur: Derzeit umfasst das Bau-Monitoring 73 Projekte, die in Planung oder bereits im Bau sind. Diese Projekte haben ein Volumen von insgesamt rund 9,15 Mrd. Euro. Darin enthalten sind Universitätsgebäude, Kultureinrichtungen, Polizei- und Feuerwehrgebäude, Schulen, Sportanlagen und weitere öffentliche Einrichtungen.

Deutlich weniger Schwerverletzte im Straßenverkehr

Nach einem anfänglich noch pandemiebeeinflussten Vorjahr registrierte die Polizei Hamburg im Jahr 2023 einen leichten Anstieg der Verkehrsunfälle um 4 Prozent auf 63.542. Dabei kamen im Vergleich zum Vorjahr aber weniger Personen zu Schaden. Die Zahl der Schwerverletzten sank im Vergleich zum Vorjahr sogar deutlich um fast 15 Prozent. Die Anzahl aller Verunglückten je 100.000 Einwohner lag mit 492 noch einmal unter dem Wert des Vorjahres (504). Das Risiko, in Hamburg bei einem Verkehrsunfall zu verunglücken, ist mit Ausnahme der beiden Corona-Jahre



damit weiterhin historisch niedrig. Trotz gestiegener Zulassungszahlen (+ 36.129 seit 2019), ist die Zahl der Verkehrsunfälle mit 63.542 gegenüber dem Vor-Pandemie-Jahr 2019 noch einmal um 5.367 Unfälle (-7,8 Prozent) gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein geringer Anstieg von +4 Prozent (um 2.471 Verkehrsunfälle) festzustellen. In knapp 90 Prozent der Fälle entstanden lediglich Sachschäden. Bei 7.755 Verkehrsunfällen im Jahr 2023 verunglückten 9.300 Personen und damit 41 Personen weniger als im Vorjahr (-0,4 Prozent).

Die Zahl der Schwerverletzten sank um -14,5 Prozent auf 702, die der Leichtverletzten liegt mit +0,9 Prozent (8.570) nur leicht über dem Niveau des Vorjahres. Es verletzen sich damit immer weniger Hamburgerinnen und Hamburger im Straßenverkehr. Die Anzahl der Verunglückten (d.h. mindestens leicht verletzten Personen) je 100.000 Einwohner liegt mit 492 noch einmal unter dem Wert aus 2022 (504) und ist damit in der Langzeitbetrachtung, mit Ausnahme der beiden Pandemiejahre, so niedrig wie nie zuvor seit Beginn der Erhebung. Im vergangenen Jahr kamen jedoch erneut 28 Menschen im Straßenverkehr ums Leben (2022: 24 und 2019: 28 Verkehrstote). Betroffen waren neun zu Fuß Gehende, neun Radfahrende, fünf Personen in Pkw, zwei auf Motorrädern und eine Person in einem Lkw sowie eine Person auf einem Mofa und eine Person auf einem sog. Elektrokleinstfahrzeug („E-Scooter“).

Von den neun verstorbenen Radfahrenden verunglückten drei ohne aktive Beteiligung anderer Verkehrsteilnehmer, in fünf Fällen handelte es sich um Abbiegeunfälle, bei denen Fahrzeuge über 3,5 Tonnen beteiligt waren. Bei keinem der fünf Unfälle war ein Abbiegeassistent in dem Fahrzeug verbaut. Technische Abbiegeassistentensysteme können in vielen Fällen helfen, ähnliche Unfälle zu vermeiden und damit Leben zu retten. Hamburg hatte daher 2020 alle schweren Nutzfahrzeuge von Ham-

burgs Behörden und öffentlichen Unternehmen flächendeckend mit Abbiegeassistentensystemen ausgerüstet. Auch mehrere private Unternehmen hatten sich zuletzt der Senatsinitiative angeschlossen, die auf einen Antrag der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft zurückgeht. Eine EU-weite Pflicht für neue Fahrzeugtypen besteht indes erst seit Mitte 2022. Für alle neu zugelassenen Fahrzeuge wird der Einbau eines Abbiegeassistenten ab dem 7. Juli 2024 zur Pflicht. Die Polizei wird diesbezüglich zielgerichtete Kontrollmaßnahmen durchführen und zudem ihre Schwerpunkteinsätze, insbesondere zur Überprüfung der Abbiegegeschwindigkeiten, fortsetzen.

Grundsätzlich ist zu beobachten, dass immer mehr Menschen in Hamburg mit dem Fahrrad oder E-Scooter unterwegs sind. Die Zahl der E-Scooter von Sharing-Anbietern stieg seit 2019 von 4.000 auf 16.000 Fahrzeuge. Die Zahl der Radfahrenden hat sich ebenfalls im gleichen Zeitraum nach Angaben der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende deutlich erhöht (+28 Prozent seit 2019). Trotz des hohen Anteils, sinkt die Zahl der Verkehrsunfälle mit Radfahrenden im Vergleich zum Vorjahr um 221 (-5,2 Prozent) auf 4.037, die Zahl der Verkehrsunfälle mit sog. Elektrokleinstfahrzeugen („E-Scootern“) um 133 (-15,5 Prozent). Zugleich verunglückten auch 58 Radfahrende (-1,8 Prozent) und 63 E-Scooter-Nutzende (-11,3 Prozent) weniger als 2022. Die intensive Verkehrssicherheitsarbeit u.a. im Rahmen von „Hamburg gibt 8“ und die zahlreichen Verkehrskontrollen und Schwerpunkteinsätze der Polizei Hamburg im Zuge der Konzeption „Mobil. Aber sicher!“ zeigen dabei offenbar Wirkung.

Eine leichte Zunahme registrierte die Polizei Hamburg dagegen bei Verkehrsunfällen mit zu Fuß Gehenden (+1,5 Prozent), wobei sowohl die Zahl der Verkehrsunfälle (-5,5 Prozent) als auch die Zahl der verunglückten zu Fuß Gehenden (-4,7 Prozent) im Vergleich zum Vor-Pandemie-Niveau 2019 insgesamt



rückläufig ist. Unfälle von zu Fuß Gehenden beruhen in fast der Hälfte aller Unfälle auf eigenem Fehlverhalten. Eine erhöhte Gefahr für zu Fuß Gehende besteht vor allem beim nachtsamen Betreten oder Überqueren der Fahrbahn, insbesondere in der Dunkelheit. Die Ablenkung durch das Smartphone oder Kopfhörer stellt einen weiteren Risikofaktor dar. Analog zur Entwicklung der Gesamtunfallzahlen nahm auch die Zahl der Verkehrsunfälle in allen Altersgruppen im gleichen Maße zu. Trotz einer gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Zahl verunglückter Kinder (+9,6 Prozent), wurden im vergangenen Jahr weniger Kinder schwer verletzt als im Jahr 2022 und dem Vor-Pandemie-Jahr 2019. Es ist jedoch zu beobachten, dass sich insbesondere die Zahl der Kinder, die als Mitfahrer schwerverunglückten, zuletzt nahezu verdreifacht hat (von 6 auf 17 Fälle). Bezogen auf die Bevölkerungsentwicklung geht die Anzahl der Verunglückten je 100.000 Kinder im Langzeitvergleich kontinuierlich zurück. Das Risiko für Kinder, in Hamburg durch einen Verkehrsunfall verletzt zu werden, ist damit –mit Ausnahme der von der Corona-Pandemie beeinflussten Jahre – so niedrig wie in keinem Jahr zuvor. Bei der Entwicklung der Verkehrsunfälle mit Beteiligung junger Erwachsener (18 bis 24 Jahre) registrierte die Polizei Hamburg gegenüber dem Vorjahr ebenfalls ein leichtes Plus um +3 Prozent auf zuletzt 10.143 Verkehrsunfälle. 2019 waren es noch 11.211 Verkehrsunfälle und damit 9,5 Prozent mehr. Auch die Zahl der Verkehrsunfälle mit Seniorbeteiligung ging gegenüber dem Vor-Pandemie-Jahr 2019 um 900 Unfälle (-7,1 Prozent) zurück, im Vergleich zum Vorjahr stieg sie um 450 (+4 Prozent). Dabei wurden 30 Seniorinnen und Senioren mehr verletzt als im Jahr 2022 (+3,6 Prozent). Insbesondere stieg dabei die Zahl der Fälle, bei denen Seniorinnen und Senioren mit einem Fahrrad einen Unfall verursachten, gegenüber dem Vorjahr um knapp 10 Prozent. Die Polizei Hamburg setzt in diesem Zusammenhang verstärkt auf zielgruppenorientierte Präventionsangebote und

führt regelmäßig Sicherheitstage für Seniorinnen und Senioren durch. Dabei wird unter anderem auch der sichere Umgang mit dem Fahrrad bzw. E-Bike trainiert. Bezogen auf die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle unter Alkohol- und Drogeneinfluss sank die Zahl der Feststellungen in 2023 um -10,8 Prozent (bei Alkoholeinfluss) bzw. um -3,9 Prozent (bei Drogeneinfluss) im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der Verunglückten ging jeweils um rund -17 Prozent zurück. Vor dem Hintergrund des geplanten Cannabisgesetzes wird die Polizei Hamburg ihren Kontrolldruck mit hamburgweit mehr als 600 aktiven „Drogenerkennern“ in diesem Jahr noch einmal erhöhen. Zu ihnen zählen auch die mit dem sogenannten standardisierten Fahrtüchtigkeitstest (SFT) besonders qualifizierten Polizistinnen und Polizisten. Mittels dieser Kontrollen können fahruntüchtige Personen, die u.a. aufgrund von Drogenkonsum nicht mehr am Verkehr teilnehmen können, umgehend erkannt werden. Geschwindigkeit war zwar auch im vergangenen Jahr eine der häufigsten Ursache für Unfälle, bei denen Menschen verletzt werden, dennoch verzeichnete die Polizei Hamburg dabei zuletzt einen starken Rückgang im Vergleich zum Vor-Pandemie-Jahr 2019 (-22,6 Prozent). Trotz deutlich gesteigener Zulassungszahlen in Hamburg im Vergleich zum Vorjahr, sank auch die Zahl der Anzeigen durch stationäre und mobile Geschwindigkeitsüberwachung im gleichen Zeitraum um fast 50.000. Bereits 2022 hatte eine Studie der Unfallforschung der Versicherer (GDV) festgestellt, dass sich neun von zehn Autofahrende in Hamburg an Tempo 50 halten. Auch bei Tempo 30 oder in verkehrsberuhigten Bereichen waren laut der Studie erhebliche Rückgänge feststellbar. Die zuletzt deutlich ausgeweitete Tempoüberwachung durch zusätzliche mobile Messanhänger schlägt sich hier offenbar nieder. Insbesondere an Unfallbrennpunkten sowie an schützenswerten Einrichtungen wie Kitas, Schulen und Senioreneinrichtungen richtet die Polizei Hamburg weiterhin



einen besonderen Fokus auf die Geschwindigkeitsüberwachung.

„Hamburg räumt auf!“ – und Berne hat tatkräftig mitgeholfen



(Bild: Lars Pochnicht)

In der ersten Märzwoche waren wieder alle Hamburgerinnen und Hamburger aufgerufen sich an der Aktion „Hamburg räumt auf“ zu beteiligen. In Berne beteiligten sich die Jugendfeuerwehr der FF Berne sowie die SPD Berne gemeinsam an dieser tollen Aktion. Mehr als 40 Aktive sammelten am 9. März rund um den Berner Gutspark wieder Müll jeglicher Art. Zum Abschluss gab es auf Einladung der Freiwilligen Feuerwehreine warme Suppe mit einem Getränk im Feuerwehrhaus für die Helferinnen und Helfer. Vielen Dank an alle die mitgemacht haben!

Grundsanie rung des Berner Heerwegs erst nach 2025



(Bild: Lars Pochnicht)

Die Grundinstandsetzung und Umgestaltung des Berner Heerwegs von August-Krogmann-Straße bis Berner Brücke

wird erstmal nicht umgesetzt. Diese Information erhielten Ole Thorben Buschhüter und ich durch eine Kleine Anfrage an den Senat. Die Gründe dafür liegen auch in den zahlreichen Baustellen in der direkten Umgebung des Berner Heerwegs. Im Zusammenhang mit der Baumaßnahme im Berner Heerweg unterliegen insbesondere nachfolgende Baumaßnahmen der gegenseitigen Baustellenkoordination: Fußgänger-tunnel U5 Bramfeld, Grundsanie rung der August-Krogmann-Straße, die Busopti-mierung des MetroBus 26 unter ande-rem am U-Bahnhof Farmsen, Grundsanie rung der Straße Karlshöhe, Grundsanie rung des Höltigbaum, Grundsanie rung des Straßenzugs Alter Zollweg/Berner Straße/Bargtheider Straße/Meiendorfer Straße/Höltigbaum, die Auswirkungen des Baus der S-Bahn-Linie S4 und die dortigen Schienener-satzverkehre, die Generalsanie rung der Bahnstrecke Lübeck –Hamburg und die notwendigen Schienenersatzverkehre. Derzeit im Bau und auch im Rahmen der Baustellenkoordination abgestimmt sind die Maßnahmen im Zuge der Grundsanie rung des Farmsener Weg/ Karlshöhe/Fasanenweg/Berner Straße und Bargtheider Straße.

Zudem hat auch die Bezirksversamm- lung Wandsbek in ihrer Sitzung im 5. Mai 2022 beschlossen, die Planungen für den Berner Heerweg weiterzuführen, die Realisierung der Baumaßnahmen im Rahmen der Baustellenkoordination aber erst nach Fertigstellung des Stra- ßenzugs August-Krogmann-Straße/ Karlshöhe/Farmsener Weg vorzusehen. Außerdem sollte die Leistungsfähigkeit der Knotenpunkte bei der weiteren Pla- nung besonders zu berücksichtigen und im Rahmen der öffentlichen Vorstellung der Planungsvarianten nachvollziehbar dargelegt werden.

LARS POCHNIGHT

IHR BÜRGERSCHAFTSABGEORDNETER FÜR BRAMFELD, FARMSSEN-BERNE & STEILSHOOP

WAHLKREIS-NEWSLETTER



Impressum und Kontakt:

Angaben gem. § 5 TMG und verantwortlich für den Inhalt nach § 55 (2) RStV: Lars Pochnight MdHB
Kontaktinformationen: Wahlkreisbüro Bramfeld, Bramfelder Chaussee 312, 22177 Hamburg, Tel. 040 63 91 76 80, E-Mail: buero@pochnight.de
Die Datenschutzerklärung finden Sie auf meiner Internetseite www.pochnight.de. Sollten Sie aus irgendeinem Grund den Datenschutz-Re